

HEIME

Mecklenburg-Vorpommern hält trotz Personalnot an Schulgeld fest

„Die SPD hatte es in der Hand“

In Mecklenburg-Vorpommern wird wie überall händeringend nach Pflegekräften gesucht. Doch im Nordosten stellt die Politik besonders hohe Hürden auf. Einrichtungsleiter Sven Kastell wehrt sich – bisher vergebens.

INTERVIEW: STEVE SCHRADER

Herr Kastell, trotz der großen Personalnot verlangt das Land Mecklenburg-Vorpommern von den Pflegeheimen immer noch ein Schulgeld von 150 Euro. Mit einer Unterschriftenaktion haben Sie sich dagegen gewehrt. Wie waren die Reaktionen seitens der Politik?

Nach unserer Anfrage im Sozialministerium und im Bildungsministerium in Schwerin zur Übergabe der mehr als 2 000 Unterschriften bekamen wir leider nur eine sehr allgemein gehaltene schriftliche Antwort. Selbstverständlich wurde uns zugestimmt, dass wir heute und künftig noch mehr gut ausgebildete und professionell agierende Altenpfleger benötigen. Letztlich wurde aber auf die schulgeldfreien öffentlichen Altenpflegesschulen im Land verwiesen, von denen es jedoch in Schwerin und Umgebung keine gibt. Es wurde uns angeraten auf das Pflegeberufereformgesetz und somit die geplante Generalistik zu warten, denn dann sei ja die Schulgeldfreiheit gesetzlich garantiert. Auf die aktuellen, bereits heute vorliegenden Probleme im Nachwuchsreich der Pflegebranche wurde leider nicht eingegangen.

Ende August besuchten nun Sozialministerin Birgit Hesse, der Sprecher der SPD-Landtagsfraktion für Senioren- und Sozialpolitik, Jörg Heydorn und SPD-Oberbürgermeisterkandidat Rico Badenschier Ihr Pflegeheim in Zippendorf. Hat dieses persönliche Gespräch mehr Erfolg gebracht? Wir befanden uns ja zu dem Zeitpunkt in Mecklenburg-Vorpommern mitten im Wahlkampf. Nachdem wir unseren offenen Brief mit den Unterschriften dem gesundheitspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion, Bernd Schubert, übergeben konnten und die Presse darüber berichtete, zeigte auch Karen Stramm,

Abgeordnete der Linksfraktion und stellvertretende Vorsitzende der Enquete-Kommission „Älter werden in Mecklenburg-Vorpommern“ Interesse und besuchte unseren Wohnpark Zippendorf. Das Angebot von Frau Hesse, uns dann mit Herrn Heydorn zu besuchen und über dieses Thema zu diskutieren, war dann nur folgerichtig. Auch wenn unsere Erwartungen an die Ministerien nicht sehr hoch waren, enttäuschte uns das Gespräch dennoch. Sie verwies auf die haushaltspolitischen Zwänge und machte deutlich, dass es keine kurzfristige Lösung für die komplette Übernahme des Schulgeldes geben würde. Auch wenn andere Länder das vorgemacht hätten, wie zuletzt das Land Berlin, sei es nicht so ohne weiteres möglich, das notwendige Geld dafür zur Verfügung zu stellen. Aber auch Frau Hesse und Herr Heydorn stimmten uns grundsätzlich zu, dass die Schulgeldfreiheit unbedingt notwendig sei. Sie verwies gleichzeitig auf die Bundesregierung und die geplante Generalistik.

Anfang August erreichte mich ein Schreiben von unserer Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Manuela Schwesig. Auch sie verweist auf die Generalistik und versichert gleichzeitig, dass sie gemeinsam mit Hermann Gröhe durch den Gesetzentwurf zur Reform der Pflegeberufe alles auf den Weg gebracht hätten, um die Pflegeberufe zukunftsgerecht und attraktiv zu gestalten.

Dieser Verweis auf die Ausbildungsreform – halten Sie das für eine Hinhaltenakt?

Das ist schwer zu sagen. Ich denke schon, dass unser Appell deutlich angekommen ist und unser Anliegen nicht auf die leichte Schulter genommen wird. In den Gesprächen wurde deutlich, dass eine Entscheidung zu Gunsten der Altenpflege-

ausbildung wohl weitere Akteure auf den Plan rufen wird. Schließlich wird ja auch in anderen sozialen Berufen an den privaten Berufsschulen Schulgeld erhoben, beispielsweise bei den Ergotherapeuten. Es kam für uns so rüber, dass Befürchtungen bestehen, eine Lawine los zu treten und das unbedingt vermieden werden soll.

Ob und wann die geplante Zusammenlegung der drei Pflegeberufe kommt, ist momentan ohnehin ungewiss. Wie bewerten Sie dieses Thema? Wird die generalistische Pflegeausbildung dazu beitragen, dass sich mehr Menschen für die Arbeit in der Altenpflege interessieren?

Ich sehe die Abschaffung des Altenpflegeberufes sehr kritisch. Vor 23 Jahren habe ich mein Altenpflegeexamen abgelegt und seither eine sehr positive Entwicklung in diesem Beruf beobachten können. Die Fachlichkeit und Spezialisierung hat in der Altenpflege sehr stark zugenommen. Als Beispiel sei hier die Umsetzung der nationalen Expertenstandards oder das sozialpflegerische Profil dieses Berufes genannt. Mit meinen Befürchtungen, dass gerade diese besonderen Aspekte durch die verbundene Ausbildung verloren gehen, stehe ich nicht alleine.

Wie sieht es derzeit in Ihrer Einrichtung aus? Spüren Sie den Fachkräftemangel?

Ja, auch wir spüren den Fachkräftemangel sehr deutlich. Es dauert immer länger, freierwerdende Stellen nachzubestellen. An erster Stelle unserer Maßnahmen müssen hier unsere Azubis genannt werden. Aktuell bilden wir alleine im Pflegebereich 19 Menschen zu Altenpflegern aus. Einige davon absolvieren eine berufsbegleitende Ausbildung. Um möglichst gute Arbeitsbedingungen zu schaffen, haben wir den Schiedspruch in Mecklenburg-Vorpommern in diesem Sommer umgesetzt. In der Pflegesatzverhandlung haben wir ebenso eine höhere Auslastung des Personalkorridors in der Pflege, als auch die Verbesserung der Personalschlüssel im PDL-, Hauswirtschafts-, und Praxisanleiterbereich



Sven Kastell: „Auch, wenn unsere Erwartungen an die Ministerin nicht sehr hoch waren, enttäuschte uns das Gespräch dennoch.“
Foto: privat

erfolgreich verhandelt. Eine gerechte Entlohnung, attraktive Boni, Mitarbeitererevents, die Ausnutzung der steuerlichen Möglichkeiten (44 Euro Freigrenze), betriebliches Gesundheitsmanagement, die Fort- und Weiterbildung unserer Mitarbeiter sind uns ebenso wichtig, wie die zeitgemäße Führung unter Beteiligung der Mitarbeiter oder kostenlose Dienstkleidung. Im nächsten Jahr planen wir den Bau einer betriebsnahen Kita. Die Nutzung der sozialen Medien, wie Facebook, Twitter oder Instagram, ist für uns mittlerweile selbstverständlich und hilft uns, unsere Einrichtung positiv und auch weiterhin als attraktiven Arbeitgeber, bekannt zu machen.

Anfang September haben die Wahlen in Mecklenburg-Vorpommern stattgefunden und die SPD als stärkste Partei bestätigt. Wird durch die Wahl dennoch neuer Schwung in die Sache kommen?

Das halte ich für unwahrscheinlich und mache mir da auch wenig Hoffnungen. Bereits vor der Wahl war die SPD die stärkste Kraft im Land

und hat mit der CDU koalitiert. Sozialministerin Hesse, Bildungsminister Brodtkorb, Herr Heydorn und auch unser Ministerpräsident Erwin Sellering sind ja von der SPD. Sie hatten es in der Hand und alle Möglichkeiten, die Situation für die Auszubildenden zu verbessern. In unseren Gesprächen wurde trotzdem immer auf die Bundespolitik und die geplante Generalistik verwiesen. Allerdings werden wir Herrn Heydorn beim Wort nehmen, sollte die Einführung der Generalistik doch noch länger auf sich warten lassen. Er und Birgit Hesse haben uns für diesen Fall zugesagt, dass sie dann dafür sorgen werden, dass die Altenpflegeausbildung in Mecklenburg-Vorpommern auch an den privaten Altenpflegesschulen schulgeldfrei sein wird. Daran werden wir ihn erinnern.

■ Sven Kastell ist Einrichtungsleiter der Pflegeheim Wohnpark Zippendorf GmbH & Co. KG in Schwerin. Kontakt: s.kastell@wohnpark-zippendorf.de, www.wohnpark-zippendorf.de

Einrichtung unternimmt Boots-Ausflug mit 60 Bewohnern

Sommer-Ausflug in Bayern: Mit dem Rolli auf die Platte

Amberg // Das Caritas-Marienheim im bayerischen Amberg hat seinen Bewohnern einen besonderen Ausflug ermöglicht. Auf dem Plan stand eine Plattenfahrt (hölzerne Arbeitsschiffe) auf der Vils. „Das Besondere daran ist, dass bei unseren Ausflügen jeder Bewohner teilnehmen kann, der möchte. Egal, welche Einschränkungen er hat“, berichtet Daniela Donhauser, Leiterin der Sozialen Betreuung. Für das Heim bedeutet das einen hohen logistischen Aufwand. Jeder Bewohner benötigt eine Begleitperson und einen Rollstuhl. 60 Bewohner nahmen insgesamt teil. Für acht von ihnen, die nur mit dem Rollstuhl unterwegs sind, wurde ein extra Stopp an einer Stelle eingelegt, an der sie im Rollstuhl an Bord geschoben werden konnten. (ck)



Mit vereinten Kräften: Am Ausflug konnten alle Bewohner teilnehmen, auch die weniger mobilen.
Foto: Caritas

Rettungseinsatz in Niedersachsen

Bewohner stirbt bei Zimmerbrand

Bakum // Bei einem Brand in einem Bewohnerszimmer ist am 10. September ein 72-jähriger Bewohner des Wohn- und Pflegezentrums St. Johannes in Bakum (Niedersachsen) schwer verletzt worden und anschließend im Krankenhaus verstorben. Wie der Betreiber, die Charleston Holding GmbH, mitteilte, ist das Feuer um 3 Uhr früh im Zimmer zweier Bewohner im Dachgeschoss der Einrichtung ausgebrochen. Der Brand wurde von den Pflegekräften sofort bemerkt und die Feuerwehr alarmiert. Von den rund 50 Bewohnern der Anlage mussten 20 in Sicherheit gebracht werden. Die zwei männlichen Bewohner des Doppelzimmers wurden dabei schwer verletzt. Einer von ihnen erlag seinen Verletzungen.

Die Brandursache ist bisher unklar. Insgesamt zehn Bewohner des Wohn- und Pflegezentrums sind als Vorsichtsmaßnahme zur Beobachtung in ein Krankenhaus eingeliefert worden. Die Unterbringung im Haus sei jedoch, trotz mehrerer durch die Raumentwicklung derzeit unbewohnbarer Zimmer, gesichert, so die Charleston Holding. Ein Gutachter soll nun die Ursache des Brandes ermitteln. 120 Einsatzkräfte waren damit beschäftigt, zu löschen und die Bewohner in Sicherheit zu bringen. „Wir hatten allein fünf Notärzte im Einsatz“, sagte der leitende Notarzt Bert Mierke. Zusammen mit den Sanitätern versorgten sie die Verletzten, auch das Kriseninterventionsteam des Landkreises war vor Ort. (dpa/ck)